

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsgarten und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Alkoholiker 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitszeile oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenweise Anzeigenzeile 40 Pfa., Ausnahmefälle 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich gezeichnet oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 114

Donnerstag, den 26. September 1929

31. Jahrg.

Sonnabend, den 28. September, Kram- u. Schweinemarkt

in Kemberg.
Der Auftrieb beginnt früh 7 Uhr.
Kemberg, den 19. September 1929.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Das neue litauische Kabinett ist gebildet, aber ein weiteres Verbleiben Wolodarski in der Regierung verlautet nichts Bestimmtes.

Bei den Heidelberger Saarbesprechungen lehnen die Saarländer jede Einbuße an deutschem Land und Einschränkung des Grubenbesitzes zugunsten Frankreichs ab.

Nach einem Bericht aus Moskau rechnet man in Kürze mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland.

Vord Robert Cecil hat in der Volkserhebung des Wollensbundes in Genf erneut eine große Rede über den englischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage gehalten.

Verkauf der Substanz?

Zur Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Die Tagungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben sowohl im In- als auch im Auslande stets große Beachtung gefunden, da es sich hier um die stärkste deutsche Kapitalgruppe handelt, da hier Männer ihre Stimme erheben, deren Name internationalen Klang besitzt, die am besten in der Lage sind, den Puls der deutschen Wirtschaft zu fühlen, insofern unsere Nöte und Sorgen zu verstehen und an ihrer Beseitigung nach Kräften zu wirken. Es ist natürlich nicht zu bestreiten, daß eine gewisse Einseitigkeit dabei ist. Die Großindustrie verfolgt andere Interessen, hat andere Ziele als der bewegliche Mittelstand, andere als die Arbeitnehmerschaft, andere als die Banken, andere als der Handel, aber sie bleibt doch immerhin Trägerin der deutschen Stimme im Auslande, sie repräsentiert dort das Ansehen der deutschen Wirtschaft, sie knüpft immer wieder überall neue Fäden in deren Interesse. Alle bisherigen Tagungen brachten eine wichtige Aufklärung, eine grundlegende Stellungnahme oder ein wichtiges Ergebnis. So veränderte dieses Mal der Vorliegende Geheimrat Duisberg, daß die deutsche Großindustrie unter voller Wahrung der Größe einer vergangenen Zeit sich hinter die jetzige Staatsform stelle, und daß sie den Kurs der Regierung mitmache.

Aber das ist ein politisches Moment, welches hier nur nebenbei erwähnt sei. Aufsehen erregte die Rede des Berliner Bankdirektors Rehl, die den deutschen Kapitalbedarf behandelte, und in der er zu dem Schluß kam, daß Deutschland dazu übergehen müsse, einen Teil seines Aktienbesitzes an das Ausland abzugeben, um so in den Besitz des uns so bitter notwendig gewordenen harten Geldes zu gelangen. Er ist der Ansicht, daß es besser wäre, einen Teil der Substanz zu verkaufen, als die deutsche Wirtschaft durch die hohen Zinsen kurzfristiger Kredite zu belasten, die zudem uns noch jede Möglichkeit nähmen, auf lange Sicht zu disponieren.

Nun sind ja gerade über diesen Punkt die Äußerungen in maßgeblichen Wirtschaftskreisen außerordentlich verschieden, und man wird sich daran erinnern müssen, daß kein geringerer als der Reichsbankepräsident Dr. Schacht es war, der sich vor einiger Zeit sehr energisch gegen den Verkauf der Substanz an das Ausland ausgesprochen hatte, der aber auch gleichzeitig den Kredit im Auslande bescheiden wollte. Fraglos bedeutet die Angelegenheit ein zweischneidiges Schwert. Wenn die Kreditnehmer nicht in der Lage sind, rechtzeitig Rückzahlung zu leisten, so haben die Geldgeber das Recht, auf die Unternehmen zurückzugreifen, die ja eine Sicherheit für den Auslandskredit darstellen. Es könnte auf diese Art zu der so oft erwähnten Ueberforderung der deutschen Wirtschaft kommen. Aber durch den Verkauf kommt Geld ins Land, das dann tollt und sich in allen Schichten bemerkbar macht. Wenn auf der Ausländers Seite deutsche Aktien, deutschen Grund und Boden, deutsche Unternehmen ganz oder zum Teil erwerblich, so muß er sich doch im Lande lassen, und er hat selbst das größte Interesse daran, daß das Unternehmen, in das er sein Kapital hineinsteckt, hat, prosperiert. Deutschland verliert nichts, oder es hat den Vorteil flüssigen Kapitals. Amerika bietet ein Musterbeispiel dieser Art. Vor dem Kriege war das deutsche Kapital in der ganzen Welt, und besonders in den Vereinigten Staaten, stark verbreitet. Unsere Großbanken und unsere Großindustrie hat Interesse genommen an vielen neuen Gründungen, hat sich an Bahnen,

Bahnen, Straßen, Bergwerken beteiligt und durchaus nicht zum Schaden des anderen Landes. Das deutsche Kapital war geübt und es gewann. Auch heute noch ist man in Amerika nicht abgeneigt, bei den großen Konzernbildungen deutsches Kapital aufzunehmen. Deshalb sollte sich Deutschland deshalb gegen Auslandskapital wehren?

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diese Anregung Direktor Rehls nur mit Enttäufung von großen Teilen des deutschen Volkes aufgenommen wird. Man wird von dem großen Ausverkauf reden und auf die Verhältnisse während der Inflation hinweisen, bedient dabei aber nicht, daß damals die Ausländer alles für ein Butterbrot erlitten, daß die deutschen Werte verschleudert wurden in einem Ausmaße zu unserem Schaden, der nicht mehr einzufragen ist. Aber eine Beteiligung des Auslandes in der Jetztzeit hat selbstverständlich ein ganz anderes Gesicht. Die Kapitalisten müssen gute Preise zahlen, sie müssen Anteilmehrer zeigen an deutschen Erträgen, je größer der Vorteil des Auslandes ist, umso günstiger werden sich unsere Verhältnisse gestalten. Man wird dazu beitragen, daß die enormen Lasten verringert werden. Jeder, dessen Geld in Deutschland arbeitet, wird in seinem eigenen Interesse alles daran setzen, das unsere Lage besser wird.

Man wird dagegen vielleicht einwenden, daß wenn die deutsche Industrie Kapital gebraucht, es ja nicht notwendig wäre, so große Mittel im Ausland zu investieren. Man wisse ja, daß die deutschen Banken vielfach im Auslande interessiert seien, daß die deutsche Industrie hohe Auslandskonten unterhalte. Aber das liegt an unserem, jede Kapitalbildung unterdrückenden Zinssystem. Fließen Auslandsgehälter zurück ins Heimatland, werden die Mittel knauber, denn kann auch die Steuer abgebaut werden und eine neue Kapitalbildung einsehen. Das Problem ist außerordentlich schwierig, und die eine Düsseldorf-Rede wird nicht genügen, um Geister umzuföhnen oder die Verehrer der Auslandsbeteiligung zu eifriger Propaganda anzuregen. Die Bewegung muß amtliche Förderung erhalten, und wenn eine Steuererleichterung erfolgt, dann muß man sich darauf verlassen können, daß die nötigen Sicherheiten durch den Staat selbst gegeben werden. Nur so besteht die Möglichkeit, daß durch fremdes Geld neues deutsches Kapital sich bildet, das den Grundstoff bildet zu wirtschaftlicher Blüte und Wohlfahrt des großen Ganzen.

Das Parlament auf Reisen.

Der Reichsrat in Baden.

V. Konstantz, 25. September.

Der Reichsrat traf auf seiner Besichtigungsreise durch Baden in Konstantz ein, wo er von den Vertretern hiesiger und nächstliegender Bezirke begrüßt wurde. Im Anschluß hielt der badische Landtagspräsident Dr. Schmidt eine Begrüßungsansprache, in der er mitteilte, daß an der Fahrt absehend aus drei Reichstagsmitgliedern teilnehmen würden, und zwar die Minister Dietrich, Dr. Wittich und Severing.

Im Namen des Reichsrates antwortete der Vertreter Braunshweig, Geheimrat Dr. Boden, der u. a. erklärte, das Land Baden und seine Bewohner dürften versichert sein, daß die Grenzländer der deutschen Südwestmark Gegenstand der ersten Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des Reichsrates seien. Nachmittags fand im Konstantzgebäude eine Sitzung mit Vertretern der Industrie des Handels und der Landwirtschaft statt.

In den Reichstagszügen, der zur Zeit auf Bühlerhöhe weilte, wurde folgendes Telegramm geschickt:

„Die badische Regierung und der zum Besuch des Landes Baden in Konstantz weilende Reichsrat entbietet Ihnen aufrichtige Grüße mit dem Wunsch nach völliger Genesung von schwerer Krankheit, um dann die verantwortungsvolle Arbeit für Volk und Reich wieder aufnehmen zu können.“

Frankreichs Annerzionsbesprechungen.

Aumgebung für Deutschland im Saargebiet.

Saarbrücken, 24. September.

In dem von französischen Annerzionsgelehrten bedrohten Grenzgebiet Hanweiler-Rifflingen fand unter der Leitung des Gemeindevorstehers eine von der Zentrumspartei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam einberufene Versammlung statt, auf der einstimmig folgende Entschliessung angenommen wurde, die dem in Heidelberg tagenden Saaraussschuß und der deutschen Abordnung für die Pariser Saarverhandlungen übermittelt worden ist:

„Die am heutigen Tage versammelten Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Hanweiler-Rifflingen mit Einschuß der hier wohnenden Besatzungsbeamten sind einmütig, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Rückgliederung des Saargebietes zu dem baldigen Ergebnis führen, daß das Saargebiet restlos wieder zurück an das Deutsche Reich gegeben

wird. Die Bevölkerung als Grenzortsbewohner will in Frieden und Grundbesitz mit den Bewohnern des Nachbarkraautes leben. Sie erachtet deshalb, daß die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen in einem verständlichen Geiste, frei von jeder Annerzions- und Gewaltpolitik, geführt werden, daß vor allen Dingen die reifliche territoriale Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland erfolgt. Je schneller die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, desto vorteilhafter wird es sich für die Bevölkerung beider Staaten auswirken. Die Saarbevölkerung ist deutsch und bleibt deutsch.“

Nachdem französische starke Annerzionsbestrebungen schon vor allem im Warndigebiet, dessen reiche Kohlenflöße in das lothringische Annerzionsgebiet von Spittel, Werlenbach und La Soupe übergehen, immer stärker nachdrücken, scheint man jetzt auch die beiden Orte Hanweiler und Bad Rifflingen, die der lothringischen Kreisstadt Saargemünd auf preußischem Gebiete vorgelagert sind, für Frankreich mit Besatzung belegen zu wollen. Die Kundgebung der beiden Gemeinden wird den Wägern in Paris gezeigt haben, daß sie hier ebenfalls mit ihren Befreiungen kein Glück haben.

Saarbesprechungen in Heidelberg.

Heidelberg, 24. September.

In Heidelberg fand über die bevorstehenden deutsch-französischen Saar-Verhandlungen in Gegenwart des Leiters der deutschen Abordnung, Staatssekretär v. Simion, eine eingehende Aussprache zwischen Vertretern aller beteiligten Behörden des Reiches, Preußens und Bayerns mit den Vertretern der politischen Parteien und aller Wirtschaftskreise, des Saargebietes statt. Die Aussprache ergab vollkommene Einigkeit über das Ziel der kommenden Verhandlungen.

Im Interesse der engsten Zusammenarbeit zwischen der deutschen Abordnung und dem Saargebiet wurde ein Leiter der Wirtschaft, Angehöriger der Wirtschaft, aller in Betracht kommenden Schichten und Berufe umfagt und der der deutschen Abordnung jederzeit mit seiner Sachkenntnis und seinen Ratschlägen zur Seite stehen soll.

„Keinen Zoll breit deutschen Landes!“

Das Ergebnis der Heidelberger Saarbesprechungen.

Heidelberg, 25. September.

Die letzten Besprechungen vor den Pariser deutsch-französischen Saarverhandlungen in Heidelberg haben einen durchaus betriebenen Verlauf genommen und in den wichtigsten Fragen die Uebereinstimmung zwischen den Regierungsvorstehern und den Saarbauktionären ergeben. Besonders wertvoll war es für die deutsche Abordnung und den Wirtschaftskreis, Staatssekretär v. Simion, sich über die Aufgaben der Bevölkerung des Saargebietes zu unterrichten und deren einmütige Haltung, wie sie in den Ausführungen der Vertreter aller Saarparteien zum Ausdruck kam, kennen zu lernen. Diese Aufklärung des gesamten Saargebietes läßt sich folgenbepreisermaßen ausnützlich machen.

Die Saarländer wollen keinen Zoll breit deutschen Landes opfern und den Saargebieten gleichfalls ohne Einschränkung Deutschland erhalten. Auf diese Grundforderungen haben sich sämtliche Parteien des Saargebietes festgelegt. Sie sind aber bereit, bis 1935 auszuweichen, als auch nur einen Fingerbreit nachzugeben. Sie wünschen, daß die Grenzen in die Hände der deutschen Staatsmacht übergehen und für alle Zukunft vor dem Zugriff der Franzosen geschützt werden. Auf handelspolitischem Gebiet verlangen die Saarländer die Rückkehr des Saarlandes ins deutsche Zollgebiet. Doch halten sie eine Ueberanngszeit für notwendig, um wirtschaftliche Härten zu vermeiden, da das Saargebiet elf Jahre in besonders enger wirtschaftlicher Beziehung zu Frankreich gestanden hat. Die Franzosen verlangen eine noch längere Ueberanngszeit, die von den Saarländern nicht unbedingt abgelehnt wird, da die bestehende Ausnahme handelsrechtlicher Waren und Abzugsschüsse nach Frankreich für das Saargebiet von großem Vorteil ist.

Abschließend sei erwähnt, daß der eingeleitete Saaraussschuß, der die deutsche Abordnung beraten soll, vor allem als Organ gedacht ist, das für die saarländischen Bevölkerung gegenüber der Verantwortung für die Verhandlungen in Paris übernehmen soll.

Hapagdampfer „Höfisch“ in Seenot.

London, 24. September.

Der deutsche Hapagdampfer „Höfisch“, der im Indischen Ozean eine Havarie erlitten hatte, befindet sich in einer sehr kritischen Lage. Nach einer Fundmeldung vom Bord des Dampfers bringt das Wetter in den Nächten des Schiffes ein. Das Wasser konnte nicht wieder gesaugt werden.

Der neue Bischof von Berlin.

Berlin, 24. September.

Zum ersten Bischof des auf Grund des Konkordats zu gründenden Bistums Berlin ist Bischof Dr. Schretler-Baughen vorgeschlagen. Bischof Dr. Schretler ist am 1. Oktober nach Berlin überföhren, wo er vorläufig als Apostolischer Administrator die künftige bischöfliche Behörde und die anderen Einrichtungen (Domkapitel usw.) des Bistums Berlin schaffen wird. Die amtliche Ernennung Dr. Schretlers zum Oberbischöfen des Bistums Berlin wird erst nach Abschluß dieser Vorarbeiten erfolgen.

Schlussarbeit in Genf.

Kein deutscher Vertreter in der Kontrollkommission.

Genf, 24. September.

Die Schlussarbeiten der Vollerparlamentarier haben eingeleitet. Die meisten Bände weisen bereits große Lücken auf. Die Verammlung nahm die Neuwahl der Kontrollkommission vor, die im Rahmen der Vollerparlamentarier die Kontrolle der Bewilligung der Ausgaben des Völkerbundes zu leisten hat. Gegen den Einspruch Norwegens wurde auf Vorschlag des Präsidiums eine fünfjährige Kommission gewählt, bestehend aus Lord Mellon (England), Graf Wollste (Dänemark), Njuffi (Tschilooland), Parra-Perra (Venezuela) und Revelland (Frankreich). Eine deutsche Kandidatur war bedauerlicherweise nicht aufgestellt worden, obwohl derartige Pläne bereits seit längerer Zeit bestanden. Man hatte erwartet, daß der Abgeordnete Prälat Kaas von der deutschen Abordnung als Kandidat für die Kontrollkommission, in der Deutsches noch nicht einmal vertreten war, aufgestellt und zweifellos wohl auch gewählt worden wäre.

Auf Vorschlag des schweizerischen Bundesrates Motta beschloß Johann die Vollerparlamentarier, die Tagung der nächsten Vollerparlamentarier erst am 10. September, fast wie bisher am ersten Montag des September, beginnen zu lassen.

Ferner wurde ein Sonderauschuß aus Dr. Beneß, Dr. Breitfeld, Lord Robert Cecil, Bundesrat Motta und Wille-Ga (Schweiz) eingesetzt, der auf Grund der Vorschläge des englischen Außenministers Henderson Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Vollerparlamentarier prüfen und auch besonders die notwendig gewordenen Verbesserungen der hygienischen Bedingungen durchzuführen soll. Es sind verschiedene andere Ausschüsse für die Stadt Genf in Aussicht genommen, in denen die Vollerparlamentarier in Zukunft tagen soll, da der Reformationsaal hier als völlig unzulänglich erwiesen hat.

Die Vollerparlamentarier hält in den letzten Tagen täglich zwei Sitzungen ab, um das umfangreiche Arbeitsprogramm möglichst bis Mittwoch abend zum Abschluß bringen zu können. Am Donnerstag findet dann noch eine Ratstagung statt, in der der Dyplicher Justizminister zur Sprache kommen sollen, so daß die Tagung voraussichtlich am Donnerstag zu Ende geht.

Breitfelds Bericht über den Zollfrieden.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitfeld erhielt heute die Mitteilung der Vollerparlamentarier den Bericht über die Wirtschaftstätigkeit des Völkerbundes, der in seinen Grundzügen bereits aus den Ausführenden Verhandlungen bekannt ist. Das Kernstück des Berichtes bildet

der Vorschlag der Zollvereinfachungskonferenz:

1. Einladung sämtlicher Mächte, bis zum 31. Dezember 1923 ihre Teilnahme an einer diplomatischen Zollvereinfachungskonferenz bekanntzugeben, 2. die Prüfung der Annahmen der Regierungen durch den Völkerbund, 3. Einberufung einer diplomatischen Konferenz der zumittenden Staaten Ende Januar 1924, 4. weitere Verhandlungen zwischen den Staaten, die das Zollvereinfachungsabkommen abschließen sollen.
- Der Gedanke des Zollfriedens bildet das einzige praktische Ergebnis der diesjährigen Vollerparlamentarier, während auf den anderen Gebieten keine Fortschritte erzielt, ja, andere wesentliche Fragen nicht einmal praktisch in Angriff genommen worden sind.

Die Fronten der Flottenkonferenz

Italien, Frankreich, Japan gegen England und Amerika.

Genf, 24. September.

Die Aufnahme der englisch-amerikanischen Einladung zu der auf den kommenden Januar anberaumten Flottenmächtekonferenz über die Seeherrlichkeit in der öffentlichen Meinung der drei übrigen Staaten hat bereits gezeigt, daß auf dieser Konferenz der bis dahin jedenfalls so gut wie vollzogene Einigung zwischen London und Washington die Front der drei anderen Partner mit ihren Behauptungen und ihren Sonderwünschen ziemlich scharf hervortreten werden.

Die Diplomatenzukunft in Genf hat inzwischen den Vertretern Frankreichs und Italiens die Gelegenheit zu einer Fühlungnahme über die Fragen der Flottenabrüstung gegeben, und diese Ausprache scheint zu einer Verständigung zwischen den beiden Staaten über ihre einander

berührenden Interessen zu führen und damit die Voraussetzung für eine gemeinsame französisch-italienische Aktion auf der Januar-Konferenz zu schaffen. Die Genfer Besprechungen sind, wenigstens nach englischen Meldungen, bereits auf praktische Einzelheiten ausgekehrt worden.

... und wieder rebelt Lord Cecil.

Er verlangt im Namen Englands die Abrüstung.

Genf, 25. September.

Die Abrüstungsfrage wurde in der Vollerparlamentarier des Völkerbundes von neuem im Anschluß an den Bericht des belgischen Grafen Konlet über die Ergebnisse der Verhandlungen in der dritten Kommission aufgetaucht. Konlet wies darauf hin, daß die Abrüstungsfrage nur durch gegenseitige Zugeständnisse der Regierungen gelöst werden könne und daß der erste Schritt zur Beibringung der Rüstungen jetzt in Angriff genommen werden müsse.

Von fürnehmlichem Beifall begrüßt, hielt Johann

Lord Robert Cecil

eine große Rede, in der er noch einmal den englischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage darlegte. Lord Cecil betonte, daß entscheidende Fortschritte auf dem Gebiete des Schiedsgerichtsgebendens sowie der allgemeinen Sicherheit zu verzeichnen seien. Die Großmächte hätten die Schiedsgerichts-klausel unterzeichnet. Ein Abkommen zum Schluß angegriffener Staaten wäre geschlossen worden. Die englische Regierung werde das Abkommen über den Handel mit Waffen und Munition unterstützen und hoffe, daß andere Regierungen dem Beispiel folgen werden. Zeit müsse aber endlich die Abrüstung in Angriff genommen werden. Die Abrüstung sei der einzige wirklich wirksame und praktische Weg, um einen Krieg zu verhüten. Die Beibringung der Rüstungen zur Luft, auf dem Lande und auf der See hingen eng miteinander zusammen.

Er wolle jedoch angedeutet der vielfachen Unklarheiten und Zweifel feststellen, daß er niemals einen alten entscheidenden Wert auf die Frage der Herstellung der ausgeglichenen Waffen gesetzt habe.

Die Abrüstung brauche keineswegs auf diesen Punkt allein abgesehen werden; er verlange, daß die Abrüstung sich auf die effektiven Truppenbestände und das Kriegsmaterial beziehe. Wenn man das Kriegsmaterial nicht herabziehe und beschränke, gebe man damit zu, überhaupt nichts zu tun zu wollen.

Lord Robert Cecil schloß mit der Erklärung, daß die englische Regierung durch ihn spreche. Die englische Regierung richte an die Völkerbund und durch den Völkerbund an die ganze Welt die Aufforderung, an die Abrüstung zu streben.

Beim Verlassen der Tribüne wurde Lord Cecil wiederum von fürnehmlichem Beifall begrüßt.

Der Bericht der dritten Kommission, der der Kompromißentscheidung des griechischen Vertreters Politis wurde Johann ohne weitere Ausprache angenommen. Die damit von der Vollerparlamentarier einstimmig angenommene Entschließung legt einen Zeitpunkt für die Wiederentnahme der Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission fest, betont die Notwendigkeit gegenseitiger Zugeständnisse der Regierungen und beschließt, das gesamte Verhandlungsmaterial dieser Vollerparlamentarier der vorbereitenden Abrüstungskommission zu überweisen.

Der Zeppelinfahrt in Berlin.

Die Einladung der Reichs- und Staatsregierung.

Berlin, 25. September.

Der Reichsverkehrsminister hat namens der Reichsregierung der preussischen Staatsregierung und der Stadt Berlin Dr. Scherer, Dr. Dürr, Dr. Manbach und die Besatzung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ eingeladen, mit dem Luftschiff nach Berlin zu kommen.

Beschäftigt ist ein gemeinsames Präsidium, veranstaltet vom Reichs- und Staatsministerium, wahrscheinlich bei Kroll, sowie ein Empfang durch die Stadt Berlin. Der Empfang des Luftschiffes in drei Staaten wird beabsichtigt von der Stadt Berlin veranstaltet.

Das Luftschiff wird durch den Reichsverkehrsminister, den preussischen Handelsminister und den Oberbürgermeister von Berlin mit kurzen Ansprachen begrüßt werden. Die Besatzung des Luftschiffes wird im Kaiserhof untergebracht werden.

Ohne Gruß, verwundet bis ins Innerste, schreiet er zur Tür hinaus.

Schradles sieht ihm die Stadträtin nach. Ist es möglich, daß er so trocken war? Daß er in allem Ernst daran denkt, dieses Mädchen zu seiner Frau zu machen, auch wenn er sie, die Mutter, darüber verlieren sollte? Sie sann und will es nicht glauben, beschließt aber, feinschmeckend nachzugeben.

XV.

Aus der ehemals Sauerweinschen Gärtnerei rollt, schwerfällig schwanzend, der Möbelwagen, der des toten Gärtners Hauseinrichtung nach der Wohnung der Erbin schafft.

Frau Wegler, die den ganzen Tag mit Mariens Hilfe geparkt hat, bogeliegt im Wagen verlor. Sie traut dem Zusammenhang nicht, denn es fand sich zuletzt immer noch allerlei Kram, der nicht mehr in Kästen und Kisten eingeschlossen werden konnte und daher offen im Wagen verkauft werden mußte. Und man kann nicht wissen —

„Wahr hat heute alle, auch alle Zeitungspapier und leere Flaschen“, erklärt Frau Wegler, „und zum Dieb wird jeder, wenn man ihm Gelegenheit gibt; darum ist es schon besser, ich lasse den Wagen nicht mehr aus den Augen!“

Die alte Marie steht ihr halb pfeiflich halb ärgerlich nach. „Schande, daß sie sich nicht auf die ganze Erbschaft setzen kann“, denkt sie. Dann gleitet ihr Blick traurig über die Pflanzungen und das leere Haus, dessen Türen und Fenster offen stehen.

Es ist wie ein kühnes Abgeschiedenem. Morgen trüb zieht ja endlich der Sommer Abzug mit seinen beiden Gehilfen hier ein, und dann kann auch er endlich fort zu ihrer Schwester in die Pflanzerei.

Bisher hat Ulrich, der noch eine zweite Gärtnerei am anderen Stadende liegend, nur täglich die nötigen Arbeiten hier verrichtet, und gegen Abend kehrte er mit seinen Leuten stets in sein bisheriges Haus zurück.

Aber von morgen an wird er hier wohnen, er, seine Frau und drei Kinder, und dann wird wohl bald alles anders werden.

Berlin und Neuyork.

Zur Ankunft Dr. Böh in Amerika.

Neuyork, 25. September.

Der Preisrichter des Neuyorker Bürgermeisters Walter, Charles Sand, holte Oberbürgermeister Dr. Böh mit dem „Städtischen Marcon“ von der Quarantäne ab und brachte ihn zum Pier. Schon bei der ineffizienten Begrüßung durch die amtlichen Vertreter der Stadt Neuyork erklärte Dr. Böh: „Ich bin hierher gekommen, um den Berliner Besuch des Neuyorker Bürgermeisters Walker zu erwidern und hoffe, daß mein Aufenthalt in Neuyork dazu beitragen wird, die Beziehungen zwischen den zwei großen Städten zu festeren. Ich wünsche außerdem, die hiesigen Steuereinstimmungen zu studieren. Berlin hat beinahe fünfzigjährige 100 000 Arbeitslose und wir haben dort mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie Neuyork, mit der Arbeitslosigkeit, dem Verbrechen, den Verfalls- und anderen Fragen.“

Oberbürgermeister Dr. Böh hat mehrere Bronzebüden, die das Wappenbild der Stadt Berlin darstellen, mitgebracht. Sie sollen mehreren Städten zur Erinnerung übergeben werden. Nach dem offiziellen Empfang durch die Stadt Neuyork, besichtigte sich Berlin Oberbürgermeister sofort nach Washington, um dort Präsident Hoover zu begrüßen und dann nach Chicago weiterzuziehen.

Die Erteilung von Schankkonzessionen.

In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag wurde darauf hingewiesen, daß durch verschiedene ministerielle Verfügungen die Ortspolizeibehörden und die Kreis-ausschüsse angewiesen sind, Konzeptionsanträge nur dann stattzugeben, wenn ein wirklich dringendes Bedürfnis vorliegt, daß sie es aber dann erlassen müssen, wenn der zuständigen Bezirksauschuß die zurückerlangte Konzeption erteilt. Dadurch werde nicht nur das Ansehen der Ortspolizeibehörden, sondern auch die Arbeitsfreudigkeit der Kreis-ausschussmitglieder, die manchmal geradezu der Väterlichkeit preisgegeben würden, stark beeinträchtigt. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, entsprechende Richtlinien für Ortspolizeibehörden, Kreis-ausschüsse und die in Frage stehenden Stellen anzuweisen, nach diesen Richtlinien auch zu handeln.

Wie der Antwort des Ministers des Innern zu entnehmen ist, ist zurzeit die rechtliche Möglichkeit, den Kreis-ausschüssen und den Bezirksauschüssen bindende Anweisungen hinsichtlich der Bedürfnisprüfung bei Schankkonzeptionsanträgen zu geben, nicht vorhanden. Eine derartige Möglichkeit ist insofern in dem Entwurf eines Schankgesetzes gegeben, der bereits seit längerer Zeit dem Reichstag vorliegt.

Auf Grund der geltenden Rechtslage können lediglich die Ortspolizeibehörden, die vor der Erteilung von Schankkonzessionen zu hören sind, mit bindender Anweisung versehen werden. Daneben ist den Regierungspräsidenten bei den Beratungen in den Bezirken und Kreis-ausschüssen zur Geltung zu bringen. Die Kreis- und Bezirksauschüsse selbst sind in ihrer Befugnisfreiheit nicht beschränkt.

Der Strafrechtsauschuß des Reichstages.

Berlin, 25. September. Der Strafrechtsauschuß des Reichstages nahm nach der Sommerpause seine Arbeiten wieder auf. Der Vorsitzende Dr. Koch ist mit, bei man sich auf der Strafrechtskonferenz einig geworden ist, darauf zu bringen, daß bis zum Dezember die erste Sitzung des Strafrechtsauschusses beendet wird. Der Auschuß sollte seine Beratungen dann bei dem Reichstag, auch im Juli, nach den Bestimmungen des Entwurfs des Strafrechts-Gesetzes, bis zum Ende des Jahres nicht unter drei Monaten, im Falle des Todes des Gegners nicht unter 1 Jahr betragen.

Die Verhandlungen sind verzeigelt. Bei Revisionen der Strafrechtsbehörden zeigt sich sehr häufig, daß die Vorkonferenzen nicht ordnungsgemäß gefehlt sind. Diese Nachbesserungen trägt sich bitter in Nachzahlungen und obenreiter in Bestrafungen. Der dritte Unannehmlichkeiten aus dem Wege gehen will, der Hebe seine Marken regelmäßig aus dem Vorkonferenz ist ersichtlich, in welcher Klasse die Marken zu leben sind.

Ein neues Marktentwurfentwurf. Wie zuverlässig lautet, ist die Reichsregierung damit beschäftigt, einen neuen Entwurf über die Marktentwurfentwurf auszuarbeiten. Der letzte Entwurf fand im Reichstag keine Mehrheit. Es wird deshalb damit gerechnet, daß der neue Entwurf die Klappen vermeiden wird, an denen der erste Entwurf scheiterte.

Dem Abstrich will nur einen kleinen Teil der Anlage weiter zur Blumenzeit verwenden, alles andere aber dem Gemüßbau widmen, der, wie er sagt, mehr einträgt.

Die Malen im Glashaus sollen verkauft werden und natürlich auch all die letzten Blumenarten, mit denen Sauerwein und Gloria sich so viel Mühe geben und die beider Freude waren.

Die alte Magd leucht. Was Sauerwein wohl sagen würde, wenn er das wüßte? Und Gloria?

Schon leucht sie hier ganz anders aus als früher. Das Unwetter an Christian Sauerweins Tobestag hat viel Schaden angerichtet und seine liebende Hand hat sich seitdem viel Mühe gegeben, ihn gutzumachen.

„Guten Abend“, sagt plötzlich eine helle Frauenstimme neben der Alten, so daß sie ordentlich erschrocken zusammenfährt, denn sie war so verliebt in Gedankten, daß ihr das Naben der Dame in eleganten Trauerkleidern, die mit einmal wie aus der Erde gewachsen neben ihr steht, völlig entgangen ist.

Die Sonne ist längst gesunken, es beginnt schon leise zu dümmern. Darum wunderlich die alte Magd über den Garten hinaus. Kunden um diese Stunde sind in der Gärtnerei etwas Ungewöhnliches.

Indem ist ihr die Dame, deren weißes Gesicht nur undeutlich hinter dem dichten Kreppschleier hervorblinzt, völlig unbekannt.

Indes läßt ihr die Dame keine Zeit, weiter ihren Gedanken nachzugeben. Sie ist gekommen, um Blumen zu kaufen, die sie noch heute auf ein Glas legen möchte. Aber leider gewöhnlichen Blumen, sondern etwas Besonderes, Seltenes.

Die Magd führt sie ins Glashaus, wo eben verschiedene Orchideen in Büten stehen, von denen die Dame einige auswählt. Dabei verweilt sie die Magd in ein geschickt geleitetes Gespräch über Sauerwein, läßt sich berichten, wie er starb, und fragt zuletzt scheinbar abfälliges: „Sauerwein Sauerwein denn keine Kinder, da es heißt, die Gärtnerei sei gleich nach seinem Tode verkauft worden?“

(Fortsetzung folgt.)



Unter Sonnenchein Roman von Erich Eberstein

31. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Aber Gloria doch erst kommen. Mutter, eh du sie verzeihst! Ich bin überzeugt, du wirst sie lieb gewinnen und begreifen, daß ich keine höhere Frau finden kann und daß du dich ihrer nie und nirgends zu schämen.“

„Aber das ist ein höheres Mädchen, das ich dir nicht vorstellen kann“, unterbricht ihn die Stadträtin kühl. „Es ist völlig nutzlos, weiter davon zu reden, denn mir genügt die Tatsache, daß sie eines Gärtners Tochter ist, vollaus. Mein Sohn kann höher greifen, und es war wahrlich nie mein Wunsch, daß er sich eine Frau aus Kreisen soll, die ihr Brot durch Händearbeit ihrer Brot verdienen!“

„Aber das ist ein höheres Mädchen, das ich dir nicht vorstellen kann“, unterbricht ihn die Stadträtin kühl. „Es ist völlig nutzlos, weiter davon zu reden, denn mir genügt die Tatsache, daß sie eines Gärtners Tochter ist, vollaus. Mein Sohn kann höher greifen, und es war wahrlich nie mein Wunsch, daß er sich eine Frau aus Kreisen soll, die ihr Brot durch Händearbeit ihrer Brot verdienen!“

Die roten Flecke auf der Stadträtin Wangen vertiefen sich mit krennender Glut. „Genug!“ sagt sie heftig. „Du könntest wahrlich wissen, daß es mir kein Vergnügen gewährt, an eine Zeit erinnert zu werden, die dank meiner selbstbewußten Lebensarbeit gottlob längst der Vergangenheit angehört. Ich bringe keine Frau zu nun meinen Willen, und es hat keinen Sinn, länger über die Sache zu verhandeln. Ueberlege es dir nun und — handle danach!“

Fred Lott ist sehr bleich geworden. Einen Augenblick lang hat er seine Mutter fastungslos an, als läße er sie zum erstenmal im Leben. Dann sagt er mit eiserner Ruhe: „Ich habe nichts zu überlegen, Mutter, denn ich liebe Gloria und werde niemals von ihr lassen. Selbst wenn du meine Drohung wahrnehmen würdest, wird sie niemand andere selbst die Mittel aufbringen können, um uns eine bescheidene Sauerwein zu ermöglichen. Man ist kein Bettler, wenn man jung ist, etwas gelernt hat und arbeiten will.“

Hotel „Blauer Hecht“

Sonnabend, den 28. September, von nachm. 3 Uhr an

Grosser Jahrmarktsball

Erstklassige Ballmusik Stark besetztes Orchester

Kalte und warme Speisen in bekannter Güte
• Biere, Weine und Liköre erster Häuser •

Um gütigen Zuspruch bittet

Paul Günther

Räderauffbewahrung

Außerdem ein reichhaltiges Beiprogramm

Sonntag, den 29. September, abends punkt halb 9 Uhr

Das große, malerische Abenteuerdrama aus Singapore. **Ramon Novarro**, der in „Ben Hur“ und als Karl-Heinz in „Alt-Heidelberg“ die Welt begeisterte, in einem neuen gewaltigen romantischen Spiel

Pflicht und Liebe

Der Film schildert das Schicksal von vier Brüdern, die alle Seeleute sind. Einer von ihnen ist Ramon Novarro. Eine ungemein dramatische Handlung führt in das Hafenviertel von Singapore, in dem Ramon Novarro sensationelle Abenteuer zu bestehen hat. Herrliche Aufnahmen von einem gewaltigen Sturm auf dem Ozean wechseln ab mit den farbreichen prächtigen Bildern einer chinesischen Hafenstadt.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 25. September 1929

* Die **Mittwahlen für Oktober** werden bereits am Sonnabend, den 28. September im Bürgeraal gezählt.

* **Vor den Wahlen zum Provinziallandtag.** Entsprechend dem Beschluß des Provinzialausschusses vom 22. August ist die Zahl der Provinziallandtagsabgeordneten für die Provinz Sachsen bei einer Einwohnerzahl von 3.277.476 auf 113 festgelegt worden. Im Regierungsbezirk Merseburg werden zu einem Wahlbezirk vereinigt der Stadtkreis Giesebitz mit dem Mansfelder Seckreis, Stadt- und Landkreis Merseburg, Stadt- und Landkreis Naumburg und Stadt- und Landkreis Wittenberg. Die Wählerlisten sind vom 12. bis 25. Oktober einschließlich öffentlich auszuliegen. Die Bezirkswahlvorstände müssen spätestens am Mittwoch, dem 23. Oktober, bis Mitternacht beim Provinzialwahlleiter eingereicht werden. Vorläufe müssen von mindestens zehn Wahlberechtigten, die den Wahlbezirk der Provinz angehören können, unterzeichnet sein. Eine Verbindung von Wahlvorläufen findet nur für Wahlvorläufe mit gleichem Kennort aus verschiedenen Wahlbezirken statt.

* **Turnsport.** Am Sonntag veranstaltete der Turnverein „Jahn“ Pappschönig ein Spiel und Sportfest, an dem sich auch einige Turnerinnen und Turner des hiesigen M. T. V. beteiligten und wieder gute Siege erzielten:
3-Rampf (Unterstufe) 1. Gerhard Förder mit 37 Pkt.
2. Minna Schulze mit 36 Pkt.
3-Rampf (Mittelstufe) 4. Herbert Wildau mit 47 Pkt.
4-Rampf (Oberstufe) 1. Werner Weydanz mit 66 Pkt.
1500-m-Lauf 1. Gerhard Schröder in 4.6,2 Min. 2. Paul Gerber in 4.14,1 Min.

Golpa. (Fehlgenossen.) Der hiesigen Landbürger ist es gelungen, den Schlosser D. aus Golpa nach langem Umhertreiben festzunehmen. Es gelang ihr nicht nur, einen größeren Geldbetrag, sondern auch einen Fahrraddiebstahl, welcher in der Nacht vom 8. zum 9. September ausgeführt wurde, aufzuklären. Das Fahrrad war in Wehrlich verkauft und konnte sichergestellt werden. Das Geld hatte D. in Dessau in den Wirtschaften verbracht. Er wurde dem Amtsgericht Dessau zugewiesen.

Witterfeld. Am vergangenen Freitag verlor die wegen des Mordes an seinem Legierten Winkelmann in Sachsenheim im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis infizierte Bohrer Schläfer aus dem Gefängnis auszubringen. Nur mit großer Mühe und erst nachdem der dienutende Justizwachmeister ihn mit einem Schlüsselbund niedergelassen hatte, gelang es, Sch. wieder dingfest zu machen. Er wurde daraufhin am Sonnabend nach Halle abtransportiert.

Schlaf. (Zählung der Motorradunfälle.) Vorgelesen am 14. 20 Uhr verunglückten der Monteur Richard Herrmann mit seinem Sozius Otto Starke auf der Berliner Straße dicht hinter unserem Ort. Herrmann fuhr mit schnellem Tempo auf ein Fuhrowerk von hinten auf. Beide Motorradfahrer wurden vom Rade heruntergeschleudert. Während Herrmann mit dem Kopf gegen einen Baum schlug und liegen blieb, überflog sich Starke und stürzte in den Graben. Der Führer des Rades zog sich schwere Beinverletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung zu. Er wurde von hilfsbereiten Anwesenden eines gerade vorbeifahrenden Kraftwagens bewußtlos in das Kreiskrankenhaus Witterfeld transportiert, wo er, ohne das Bewußtsein wiederlangt zu haben, gestern früh gestorben ist. Der Kopfverletzte, der außer Hautabrischürungen eine klaffende Kopfwunde davontrug, wurde von einem zweiten mitfahrenden Fahrerort der Motorrad nach seiner Wohnung gebracht. Beide Verunglückten sind aus Hahndorf. Das Fuhrowerk ist angeblich hinten mangelhaft beleuchtet gewesen und soll erst in ganz geringer Entfernung sichtbar geworden sein. Das getrümmerte Motorrad wurde abgehleppt. Der Unfall ist umso tragischer, als sich Herrmann in einigen Wochen verheiratet wollte.

Leipziger. Bluttiger Streit. In seiner Wohnung verlor der 46jährige inwalde Maschinenarbeiter Karl Kimmel seine von ihm geschiedene, um zwei Jahre jüngere Ehefrau Marie Kimmel nach einem vorausgegangenem Streit durch einen Schlag mit dem Kopf. Nach der Tat übte er sich freiwillig auf die nächste Polizeiwache. Der blutige Streit ist ein neuer Beweis von den katastrophalen Folgen der Wohnungsnot. Menschen, die einander verfeindet sind, müssen die gleichen Räume miteinander teilen. Ehegatten werden von den Gerichten geschieden, aber niemand kümmert sich darum, ob sie nicht wegen der Wohnungsnot zusammen wohnen bleiben müssen. Gerade in diesen Fällen ist es auch in Leipzig sehr oft zu folgenschweren Auseinandersetzungen gekommen, die fast unvermeidlich ereignen. Es sammelt sich ständig Konfliktstoff an, bis es eines Tages zu einer elementaren Entladung kommt. Es erscheint unter allen Umständen notwendig, daß sich die Behörden darum kümmern, daß geschiedenen Ehegatten auch die Möglichkeit gegeben wird, getrennt voneinander zu leben.

Magdeburg. Zur Frage der Kundfunkempfangserschließung in Mitteldeutschland wird von der Post mitgeteilt: Zur Verbesserung der Kundfunkempfangsbedingungen wird mit größter Beschleunigung ein Erlaßentwurf aufgestellt werden. Die Inbetriebnahme wird voraussichtlich Anfang Oktober ds. Js. erfolgen. Der neue Sender hat, um möglichst schnell eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, auch die gleiche Leistung wie der jetzige. Gleichzeitig sind die Arbeiten eingeleitet, um die Senderleistung zu erhöhen. Zu diesem Zwecke wird ein für Leipzig bestimmter 4-Kilowatt-Sender durch Umbau um etwa 30 v. H. in der Leistung erhöht. Obgleich diese Arbeiten sehr umfangreich sind, kann damit gerechnet werden, daß — wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten — der verstärkte Sender Anfang Dezember dieses Jahres in Betrieb genommen wird.

Moleben. Schwere Unfall bei einem Einbruch. In der Scheunenstraße führte ein Fall der Vorberfront des Mitterlichen Grundstückes ein. Dabei wurde der Mitter getroffen und schwer verletzt. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und mehrere Rippenbrüche und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Tangermünde. Wegen Verdachts der Brandstiftung und des Verführungsbetruges wurden Haftbefehle gegen die Arbeiter Friedenberger und Sohn, Müller und Greul erlassen.

Tangermünde. Die Stelle des zweiten Bürgermeisters soll abgebaut werden. Die Präfektur der kommunalen Arbeitseigenschaft, die mit 12 zu 12 Stimmen die Mehrheit hat, wird in der Stadtverordnetenversammlung diesen Antrag einbringen, nachdem die Stelle durch Ausschneiden des Bittermeisters entfallen ist.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 20. September 1929. (Schluß)

7. Rattenvergiftung. Vom Kreis ist anverträgt eine Bekämpfung der Ratten vorzunehmen. Die Kosten belaufen sich für das Stadtbudget auf 1500 Mark. Dem Magistrat ist diese Summe zu hoch. Er ist der Ansicht, daß viele Gehöfte gar keine Ratten haben. Eine Bekämpfung dieser Art mit einer Umlage wäre daher eine Härte. Die Verammlung beschließt, von dem Angebot des Kreises keinen Gebrauch zu machen, da die Rattenplage in Remberg nicht so groß ist.

8. Neubau der Hauptgrabenbrücke im Zuge der Wittenberger Straße. Der Bau war ausgeschrieben. Die Arbeiten sollen dem Bauunternehmer Naefe für den Preis von 2286 70 Mark übertragen werden. Der Magistrat schlägt vor, den Zuschlag zu erteilen unter der Bedingung, daß alle Abmachungen unter Aufsicht stattfinden. Eingegangen waren 4 Angebote, von denen nach Erklärung des Beigeordneten Kolbe derjenige der Firma Rudloff & Knaf zur näheren Erläuterung zurückgegeben wurde mit dem Ersuchen, bis zum 13. d. Ms. erneut einzureichen. Dieses ist aber nicht erfolgt. Stv. Knaf stellt demgegenüber fest, daß er den Antrag rechtzeitig eingereicht habe. Sein Antrag war der niedrigste, da er 200 Mark weniger gefordert habe. Beigeordneter Kolbe erwidert hierauf, daß die Angebote von den Firmen Rudloff & Knaf, Wiedicke, Janssch und Naefe vorlagen zu den Preisen von 3600 Mk., 2286 Mk., 2000 Mk. und 1450 Mk. Drei waren mit näheren Erläuterungen versehen. Von der Firma Rudloff & Knaf seien die Erläuterungen nicht rechtzeitig eingegangen. Der Ausschuss hat sich nach Prüfung der Angebote für den Zuschlag Naefe ausgesprochen, die Magistratsvertreter haben sich der Stimme enthalten. Stv. Knaf stellt wiederum fest, daß alle Angebote bisher ohne Erläuterungen genügt hätten. Stv. Wärtner ist der Ansicht, daß Stv. Knaf kein Interesse am Bau gehabt hat, denn sonst hätte er rechtzeitig eingereicht. Stv. D. Samann wundert sich, daß über diesen Fall soviel geredet würde. Bei dem Bau der anderen Brücken hätte die Stadtverordneten doch von den Preisen gar nichts erfahren. Da ging alles so. Die Verammlung überträgt dem Unternehmer Naefe den Bau der Brücke.

9. Grundstücksverordnungen. Die Pachtschulden betragen ca. 1300 Mark weniger wie bisher. Die Zuschläge werden auf 6 Jahre erteilt bis auf eine Fläche in der Förste, die angefordert werden soll.

10. Stv. D. Samann trägt an, welches Ergebnis die Prüfung des Ortsweges gezeitigt hat. Sen. Wälsche erwidert, daß in Kürze die Verammlung eine Vorlage hierüber zugehen wird.

11. Stv. D. Samann erwähnt, daß auf dem Friedhof der Brunnen teilweise nicht zu benutzen war. Beigeordneter Kolbe erklärt hierzu, daß der Friedhofsmüller Sasse Anweisung hat, den Brunnen ein Verlangen anzuschleichen. Es wird bei niedrigem Wasserstand häufig Sand mit hochgezogen, wodurch die Pumpe beschadigt wird. Der andere Brunnen gerade ab immer Wasser. Dieser sei aber auch jetzt gerettet beschadigt.

12. Stv. D. Samann bittet die Polizeiverwaltung, wegen des Geschäftsschlusses nicht so streng vorzugehen. Vorigen Sonnabend seien die Geschäfte kontrolliert worden. Ein

pünktlicher Ladenschluß lasse sich bei den örtlichen Verhältnissen nicht immer durchführen. Hierauf erwidert Bürgermeister Dieze, daß sich bei ihm in letzter Zeit gerade Gewerbetreibende wegen des späten Geschäftsschlusses beschwert hätten. Er habe den Polizeibeamten beauftragt, eine Stunde nach der vorgeschriebenen Schlußzeit zu kontrollieren und die Geschäftsläden zu bitten, Ueberschreitungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Geschäftsläden und ihre Angestellten wollten auch einmal feiern haben. Die Ueberschreitungen hätten zu sehr überhand genommen, besonders im Friseurgewerbe. Befragungen seien nicht erfolgt. Die Hauptschuld trage die Kundhaft. Das Spätkommen sei vielfach nur Bummel und eine üble Angewohnheit. Das müsse den Leuten abgebrochen werden. Er glaube, diese Sache doch wirklich entgegenkommen genug behandelt zu haben. Stv. D. Samann erklärt, er sei mit der Antwort des Bürgermeisters voll und ganz zufrieden.

13. Stv. Richter wünscht zu wissen, wer und wo in Oppin gebaut worden sei. Bürgermeister Dieze erwidert, daß die neuen Jagdpächter eine Jagdhütte gebaut hätten. Sie haben die Erlaubnis beantragt, aber vor Erteilung derselben schon angefangen. Für die Stadt sind keinerlei Unkosten entstanden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtverordneten zu Remberg.

Der Ausweis der Reichsbank für die zweite Septemberwoche zeigt eine weitere Entlastung der gesamten Staatskassensituation und zwar um 258,4 Millionen auf 2.404,7 Millionen Mark. Die Devisenbestände an Gold und Devisen haben sich auf 2.509,1 Millionen Mark erhöht, jedoch ist die Ueberschuldung von 64,4 auf 16,9 v. H. her. Die Exporteulagen bei den deutschen Exporten betragen im Juli um 129,9 Millionen auf 8.816 Millionen Mark. Der reine Einzahlungsüberschuss wird auf 12,9 Millionen Reichsmark veranschlagt. Gegenüber dem Juli dieses Jahres ist eine zunehmende Besserung in der Entlastung der Reichskassen festzustellen. Eine Zensur zum Vergleich ist bei der Anzahl der deutschen Industriellen festzustellen. So z. B. hat die Rohstoffenergie im August gegenüber Juli leicht nachgelassen. Auch die Lage der deutschen Maschinenindustrie war, am Eingang der Anfragen und Aufträge aus Ausland und Inland gemessen, im ganzen zufriedenstellend im Vergleich mit dem Juli. Die amtliche Reichsbank für Lebenshaltung belief sich im Durchschnitt des Monats August auf 154 gegen 154,4 im Vormonat. Der Großhandelsumsatz betrug eine Erhöhung von 137,9 auf 138,2 v. H. Im Mitteldeutschen Arbeitsmarkt ist bis zum 11. September eine merkliche Steigerung der Arbeitslosigkeit festzustellen, die besonders durch starken Zuwachs an Arbeitslosen aus dem Baugewerbe, aus der Metall- und Eisenindustrie verursacht ist.

Die Entlohnungsbedingungen des Landwirtschafstrates lauten auf eine gute Mittelklasse, allerdings werden sie nicht, wie im vorigen Jahre, von dem endgültigen Ergebnis betroffen werden, sondern es ist damit zu rechnen, daß das tatsächliche Ergebnis in Anbetracht der noch immer anhaltenden Preissteigerung hinter der Schätzung zurückbleiben wird. — Die Wälsche nahm in der Verammlung, ausgehend vom Markt der Kunststoffe, eine ausgedehnte Besprechung über den Verlauf am Weltmarkt und gegenüber der Wälsche keine größeren Veränderungen festzustellen.

Letzte Meldung.

Erhöhung des Berliner Privatdiskonts.

Berlin, 25. September. In der Berliner Wälsche wurde der Privatdiskont überraschend um ein Viertel von 100 auf 7 1/2 für beide Sichten erhöht. Dagegen wurde der Akzeptdiskont um ein Viertel von 100 auf 9 1/2 von 100 ermäßigt.

Die interparlamentarische Handelskonferenz.

Berlin, 25. September. Die erste Vollversammlung der interparlamentarischen Handelskonferenz, die im Reichstag stattfand, war dem Thema „Nationalisierung der Industrie und Gemeinbeteiligung der Arbeiterschaft“ gewidmet. Die Berichterstatter der Ausschüsse, Hannou und Brünning, legten ihre gemeinsame Entschliessung vor, in der es heißt, daß die nationale sowie die internationale Nationalisierung der Industrie durch Parlamentsentschlüsse, sowie durch internationale Handelsverbände in allen Ländern der Welt sorgfältig geprüft werden sollte. Die Abordnungen sollen für die Tagung des Jahres 1930 Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung ausarbeiten. Nach kurzer Ausprobierung wurde diese Entschliessung angenommen. Präsident von Kardoff verlas dann noch ein Antwortschreiben des Reichstagspräsidenten Söbe. Am Abend fand ein Empfang in der Handwerkerhalle statt.

Ein Nobelpreisdräger gestorben.

Göttingen, 25. September. Der Ordinarius für organische Chemie an der Universität Göttingen, Professor Dr. Alfred Hantzsch, Nobelpreisdräger für Chemie des Jahres 1926, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Professor Hantzsch studierte an den Technischen Hochschulen in Wien und München und habilitierte sich 1893 an der Technischen Hochschule in Prag. Im Jahre 1907 nahm er einen Ruf an die Universität Göttingen an.

Empfehle zum Jahrmarkt
prima frisches
Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch
Kaffeler Rippespeer — frische Bratwurst
frische Sülze — div. Aufschnitt — Kaiserjagdwurst — Mortabella — frische und geräucherte Wurst — ff. Bockwurst und Würstchen
Ernst Bachmann

Bei erhöhtem Blutdruck
und Neigung zur Aderverfälschung ist ein gutes Funktionieren der Ausscheidungsorgane besonders wichtig. Nehmen Sie eine Zeitung Reichels Bacholder-Extrakt „Marte Medico“. Er sorgt für Stoffwechsel und hält Leber und Nieren in Ordnung. In Drogen- und Lebensmittel-Erzählung, echt nur in Originalpackungen mit „Marte Medico“.
Bestimmt zu haben bei: Apoth. Carl Eise, Ehem.-Apotheker u. Drogerie, Kemberg!

VERITAS
Kann ich die nur reateh

CLEMENS MÜLLER & G
DRESDEN-N.

VeritasNähmaschinen
hochwertig in Präzision.
Elegant in der Ausstattung.
vor- und rückwärtsnähend
sticken und stopfen
Lieferbar auch bei Wochenraten
von 2,40 M. an ohne Anzahlung
Vertreter:
Otto Leibnitz, Uhrmacher
Kemberg, Leipziger Straße 35

Kartoffeln trocknen in Lohu
wegen Anlieferung bitten mit uns ins Verbindung zu treten. Auch sind wir Käufer für **Fabriffarroffeln**
Flockenfabrik Pretzsch G. m. b. H.
Bretsch (Elbe)

Vitriol
Germisan
und Trockenbeize
Abavit
empfehlen **Rudolf Suhn**

Kaufe jeden Posten
Falläpfel
zum höchsten Tagespreis
Heinrich Dübenerstr. 16

Streuverpachtung
Freitag, den 27. September, vormittags 11 Uhr verpachte ich
ca. 12 Kabeln Adelstreu
an der Ochsenkopfer Straße
Heinrich, Onieft

Tomaten
großer Anbau,
sowie
alle anderen Gemüse
empfehlen billigst
Gärtner **Hermann Leue.**

Rüchentanten empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold**

Herren- und Knaben-Anzüge
Windjacken, Winterjoppen
gestrickte Bleyle-Anzüge
Bleyles Damen- und Herren-Strickwesten
Strickjacken - Knaben-Strickanzüge
Kinderstrümpfe, Damenstrümpfe, Herrensocken
Sockenhalter, Ärmelhalter, Hosenträger
Kragen - Oberhemden - Einsatzhemden
Alles in bekannter Preiswürdigkeit bei
Wilhelm Weydanz, Kemberg

Größte Auswahl bieten Ihnen meine neu-
eingetroffenen **Herbst-Neuheiten**
Damen- und Kindermäntel
Kleiderstoffe in Wolllrips, Wollgeorgette, Crep-Caid, Wollveloutine, halbwollene Kleiderstoffe, Waschsamte
Ballstoffe in Crepp-Satin, Veloutine, Satin-Brillant und Bembergseide
Bestickte Bettzügen - Leibwäsche - Tischwäsche
Trikotagen in bekannten guten Qualitäten
Gardinen Stores Tüllbettedecken Landhausgardinen
Tisch-, Sofa- und Divandecken
Läuferstoffe - Bettvorleger
Strick- und Handarbeitswolle
in allen modernen Farben
Strickkleider, Strickjacken, Herren- und Damenpullover
Strümpfe, Stutzen
Damen- und Kinder-Hüte
Prima Bellfedern, garantiert gereinigt u. füllfertig
Otto Wildau, Kemberg
Manufaktur-, Putz- und Modewarenhaus

Lesen Sie die **Berliner Morgen-Zeitung**
mit der illustrierten Wochenbeilage „Jede Woche Musik“,
aktuellen, vollstündigen Zeit-
artikeln, mod Romanen
und unterhaltenden und
belehrenden Abteilungen
ausgeschlossen Zustellung
Jedermann in den Provinzialstädten und auf dem Lande sollte
dieses vorzügliche Blatt neben seinem Lokaltat lesen.
Auf Wunsch zur Probe eine Woche gratis.
Hier abtrennen, dann ausfüllen u. d. Post oder d. Briefträger übergeben
Post-Bestellschein
Für nachbenannte Bezugszeit bestellt
Herr - Frau
Exempl. Benennung der Zeitungen usw. Bezugszeit Betrag
1 'Berliner Morgen-Zeitung' Oktober 1929 1,70
Goldmark
Quittung.
Obige _____ Mark _____ Pf. sind heute richtig bezahlt.
1929 Post-Annahme.

Schneemin-
Raupenleim
der beste, sowie
Unterlagenpapier
bei **Rudolf Suhn**
Schlachte Freitag ein
Rind u. Schwein
Näheres Freitag-Nummer
Martin Kramer

Gute
Speise- u. Futterartoffeln
auch unvertieft, gibt jeden Posten
billigst ab ab Freitag, Zöpferstr. 6,
auch Anmeldungen nehme ich da
entgegen. Desgleichen verkaufe ab
Frei, Gemachtung Bruchhauen
gute Futterrüben
à Ztr. 1,20, großer Posten billiger.
Mayer, Kemberg, Zöpferstr. 6

Christliches lauderes
Mädchen
zum 1. Oktober gesucht
Frau **Schröter, Kappahnmühle**

Für die uns zu unserer Vermählung in so reichem
Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen
wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.
Rotta, den 25. September 1929
Fritz Klose und Frau
Frieda geb. Bönicke



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Austretendes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gemalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegeräte und unbedingte geschriebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagsgebühr: 10.— M., das Kaufgeld, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 114

Donnerstag, den 26. September 1929

31. Jahrg.

Sonnabend, den 28. September, Kram- u. Schweinemarkt

in Kemberg. Der Markt beginnt früh 7 Uhr. Kemberg, den 19. September 1929. Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Das neue künftige Kabinett ist gebildet, über ein weiteres Verbleiben Mussolinis in der Regierung verläutet nichts bestimmtes.

* Bei den Heidelberger Saarbeisprechungen lehnen die Saar-

Brücken, Straßen, Bergwerken beteiligt, und durchaus nicht zum Schaden des anderen Landes. Das deutsche Kapital war gelohnt und es gewann. Auch heute noch ist man in Amerika nicht abgeneigt, bei den großen Konzernbildungen deutsches Kapital aufzunehmen. Deshalb sollte sich Deutschland deshalb gegen Auslands-

kapital wehren? Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diese Anregung Direktor Rehs nur mit Enttäuschung von großen Teilen des deutschen Volkes aufgenommen wird. Man wird von dem großen Ausverkauf reden und auf die Verhältnisse während der Inflation hinweisen, bedient dabei aber nicht, daß damals die Ausländer alles für ein Butterbrot erhielten, daß die deutschen Werte verschleudert wurden in einem Ausmaße zu unserem Schaden, der nicht mehr einzuholen ist. Aber eine Beteiligung des Auslandes in der Zeit ist gar selbstverständlich ein ganz anderes Geschäft. Die Kapitalisten müssen gute Preise zahlen, sie müssen Anteilnahme zeigen an deutschen Erträgen, sie größer der Vorteil des Auslandes ist, umso günstiger werden sich unsere Verhältnisse gestalten. Man wird dazu beitragen, daß die enormen Löhne verringert werden. Jeder, dessen Geld in Deutschland arbeitet, wird in seinem eigenen Interesse alles daran setzen, das unsere Lage besser wird.

Man wird dagegen vielleicht einwenden, daß, wenn die deutsche Industrie Kapital gebraucht, es ja nicht notwendig wäre, so große Mittel im Ausland zu inoffizieren. Man wisse ja, daß die deutschen Banken vielfach im Ausland interessiert seien, daß die deutsche Industrie hohe Auslandskonten unterhalte. Aber das liegt an unserer, jede Kapitalbildung unterdrückenden Steuerpolitik. Ablesen Auslandsgebeur reichlicher nach Deutschland, werden die Wittern liquider, dann kann auch die Steuer abgebaut werden und eine neue Kapitalbildung einsehen. Das Problem ist außerordentlich schwierig, und die eine Düsseldorf Rede wird nicht genügen, um Geister umzustimmen oder die Verfechter der Auslandsbeteiligung zu eifriger Propaganda anzuregen. Die Bewegung muß amtliche Förderung erhalten, und wenn eine Steuerrevision erfolgt, dann muß man sich darauf verlassen können, daß die nötigen Sicherheiten durch den Staat selbst gegeben werden. Nur so besteht die Möglichkeit, daß durch fremdes Geld neues deutsches Kapital sich bildet, das den Grundstock bildet zu wirtschaftlicher Blüte und Wohlfahrt des großen Ganzen.

Das Parlament auf Reisen.

Der Reichstag in Baden.

V. Konstantz, 25. September.

Der Reichstag traf auf seiner Besichtigungstour durch Baden in Konstantz ein, wo er von den Vertretern staatlicher und städtischer Behörden begrüßt wurde. Im Inselfeld hielt der badische Staatspräsident Dr. Schmidt eine Begrüßungsansprache, in der er mitteilte, daß an der Fahrt abwesend auch drei Reichstagsmitglieder teilnehmen würden, und zwar die Minister Dietrich, Dr. Wirth und Geyer.

Im Namen des Reichstages antwortete der Vertreter Reichstages, Geheimrat Dr. Waden, der u. a. erklärte, das Land Baden und seine Bewohner dürften versichert sein, daß die Grenzlandfrage der deutschen Südwestmark Gegenstand der ernstesten Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des Reichsrates seien. Nächstmorgens fand im Konstantzgebäude eine Sitzung mit Vertretern der Industrie des Handels und der Landwirtschaft statt.

In den Reichstagsreisen, der zur Zeit auf Bühlerhöhe weilte, wurde folgendes Telegramm geschickt:

„Die badische Regierung und der zum Besuch des Landes Baden in Konstantz weilende Reichstag erziehen Ihnen aufrichtige Grüße mit dem Wunsch nach völliger Genesung von schwerer Krankheit, um dann die verantwortungsvolle Arbeit für Volk und Reich wieder aufnehmen zu können.“

Frankreichs Annektionsbestrebungen.

Ausdehnung für Deutschland im Saargebiet.

— Saarbrücken, 24. September.

In dem von französischen Annektionsbestrebungen bedrohten Grenzgebiet Hanweiler-Waldungen fand unter der Leitung des Gemeindevorsethers eine von der Zentrumspartei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam einberufene Versammlung statt, auf der einstimmig folgende Entschlüsse angenommen wurden, die den in Heidelberg tagenden Saarausschuß und der deutschen Abordnung für die Pariser Saarbeisprechungen übermittelt worden ist:

„Die am heutigen Tage versammelten Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Hanweiler-Waldungen mit Einschuß der hier wohnenden Lothringern wünschen einmütig, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Rückgliederung des Saargebietes zu dem baldigen Ergebnis führen, daß das Saargebiet reiflos wieder zurück an das Deutsche Reich gegeben

wird. Die Bevölkerung als Grenzortbewohner will in Frieden und Freundschaft mit den Bewohnern des Nachbarlandes leben. Sie erachtet deshalb, daß die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen in einem verfassungskonformen, frei von jeder Annektions- und Gewaltpolitik, geführt werden, daß vor allen Dingen die restlose territoriale Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland erfolgt. Je schneller die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, desto vorteilhafter wird es sich für die Bevölkerung beider Staaten auswirken. Die Saarbevölkerung ist deutsch und bleibt deutsch.“

Nachdem französische Annektionsbestrebungen schon vor allem im Saargebiet, dessen reiche Kohlenfläze in das lothringische Interessengebiet von Spittel, Merlenbach und La Souve übergehen, bemerkbar machten, scheint man jetzt auch die beiden Orte Hanweiler und Bad Waldungen, die der lothringischen Kreisstadt Saargemünd auf preussischem Gebiete vorgelagert sind, für Frankreich mit Bedacht beiseite zu ziehen. Die Einbeziehung der beiden Gemeinden wird den Machern in Paris gezeigt haben, daß sie hier ebenfalls mit ihren Bestrebungen kein Glück haben.

Saarbeisprechungen in Heidelberg.

— Heidelberg, 24. September.

In Heidelberg fand über die bevorstehenden deutsch-französischen Saar-Verhandlungen in Gegenwart des Leiters der deutschen Abordnung, Staatssekretär v. Simion, eine eingehende Aussprache zwischen Vertretern aller beteiligten Behörden des Reiches, Preußens und Wagners mit den Vertretern der politischen Parteien und aller Wirtschaftskreise, des Saargebietes statt. Die Aussprache ergab vollkommenes Einigkeit über das Ziel der kommenden Verhandlungen.

Im Interesse der engsten Zusammenarbeit zwischen der deutschen Abordnung und dem Saargebiet wurde ein kleiner Ausschuss eingesetzt, der Vertreter aller in Betracht kommenden Schichten und Berufe umfaßt und der der deutschen Abordnung feierlich, mit feiner Sachkenntnis und feiner Ratsschlagen zur Seite stehen soll.

„Keinen Zoll breit deutschen Landes!“

Das Ergebnis der Heidelberger Saarbeisprechungen.

— Heidelberg, 25. September.

Die letzten Verhandlungen vor den Pariser deutsch-französischen Saarbeisprechungen in Heidelberg haben einen durchschlagend erfolgreichen Verlauf genommen und in den wichtigsten Fragen die Übereinstimmung zwischen den Regierungserklärungen und den Saarbeisprechungen ergeben. Besonders wertvoll war es für die deutsche Abordnung und ihren Wortführer, Staatssekretär von Simion, sich über die Auffassung der Bevölkerung des Saargebietes zu unterrichten und deren einmütige Haltung, wie sie in den Ausführungen der Vertreter aller Saarteile zum Ausdruck kommen zu lernen. Diese Auffassung des gesamten Saargebietes läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Saarländer wollen keinen Zoll breit deutschen Landes opfern und den Saargebietes gleichfalls ohne Einschränkung Deutschland erhalten. Auf diese Grundbestrebungen haben sich sämtliche Parteien des Saargebietes festgelegt. Sie sind aber bereit, bis 1935 auszuweichen, bis ein einmütiger Beschluß nachgegeben. Sie wünschen, daß die Gruben in die Hände der deutschen Staatsmacht übergehen und für alle Zukunft vor dem Zugriff der Franzosen gerettet werden. Auf handelspolitischem Gebiet verlangen die Saarländer die Rückkehr des Saarlandes ins deutsche Zollgebiet. Doch halten sie eine Übergangszeit für notwendig, um wirtschaftliche Härten zu vermeiden, da das Saargebiet ein Jahre in besonders enger wirtschaftlicher Beziehung zu Frankreich gehalten hat. Die Franzosen verlangen eine noch längere Übergangszeit, die von den Saarländern nicht unbedingt abgelehnt wird, da die begünstigte Ausfuhr saarländischer Waren und Holzernträge nach Frankreich für das Saargebiet von großem Vorteil ist.

Abschließend sei erwähnt, daß der eingeleitete Saarausschuß, der die deutsche Abordnung beraten soll, vor allem an die Organe gedacht ist, das der saarländischen Bevölkerung gegenüber die Verantwortung für die Verhandlungen in Paris übernehmen soll.

Hapagdamper „Höf“ in Ceeon.

London, 24. September. Der deutsche Hapagdamper „Höf“, der im Indischen Ozean eine Havarie erlitten hatte, befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Nach einer Fundmeldung vom Bord des Dampfers bringt das Wasser in den Pumpen des Schiffes ein. Das Wasser konnte nicht wieder ausgesaugt werden.

Der neue Bischof von Berlin.

Berlin, 24. September. Zum ersten Bischof des auf Grund des Konkordats zu gründenden Bistums Berlin ist Bischof Dr. Schreiber-Baughen vorgehen. Bischof Dr. Schreiber soll am 1. Oktober nach Berlin überföhren, wo er vorläufig als Apostolischer Administrator die künftige bischöfliche Behörde und die anderen Einrichtungen (Sompapital usw.) des Bistums Berlin schaffen wird. Die amtliche Benennung Dr. Schreibers zum Oberhirten des Bistums Berlin wird erst nach Abschluß dieser Arbeiten erfolgen.